



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen e. V.

Aktuell seit 18.06.2026 14:06:52

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004442
Ersteintrag:	05.05.2022
Letzte Änderung:	18.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	11.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Arbeitgeberverband
Kontaktdaten:	Adresse: Reinhardtstraße 25 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493024089300 E-Mail-Adressen: info@bdo.org Webseiten: bdo.org

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

210.001 bis 220.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,40

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Christiane Leonard-Tiemann**
Funktion: Hauptgeschäftsführerin
2. **Karl Hülsmann**
Funktion: Präsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Kai Neumann**
2. **Steiner Wera Waleska**
3. **Atzorn Sara Maria**
4. **Patrick Orschulko**
5. **Marie Kruschewski**
6. **Luca Roggenkamp**
7. **Christiane Leonard-Tiemann**
8. **Karl Hülsmann**

Gesamtzahl der Mitglieder:

18 Mitglieder am 06.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (11):

1. Wirtschaftsrat der CDU e. V.
2. Wirtschaftsforum der SPD e. V.
3. DVR Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V.
4. DRV Deutscher Reise Verband e.V.
5. Aktionsbündnis Tourismusvielfalt (ATV)
6. gbk Gütegemeinschaft Buskomfort e. V.
7. söp Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr e.V.
8. Charta der Vielfalt e. V.
9. Denkfabrik Union der Wirtschaft e. V.
10. DTV Deutscher Tourismusverband e. V.
11. KlimaLink e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (13):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Erneuerbare Energien; EU-Gesetzgebung; Digitalisierung; Tourismus; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Personenverkehr; Straßenverkehr;

Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Handel und Dienstleistungen; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

- Wahrnehmung der fachlichen und gewerbepolitischen Gesamtinteressen der privaten deutschen Busunternehmen, insbesondere gegenüber Öffentlichkeit, Politik, Verwaltung sowie anderen Verbänden/Organisationen (Institutionen) auf nationaler und europäischer Ebene.

- Tätigkeit als Spitzenverband von Arbeitgebervereinigungen (Landesverbände) des Busgewerbes und die Vertretung von arbeits- und sozialrechtlichen sowie sozialpolitischen Belangen auf bundesweiter und internationaler Ebene;

- den Verhandlungen von Tarifverträgen, die über den Rahmen der von seinen Mitgliedern oder für diese abgeschlossenen Kollektivvereinbarungen hinausgehen, im Interesse des Gesamtgewerbes liegen und einer bundeseinheitlichen Regelung bedürfen,

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Gesetz zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Anpassung des § 2a Abs. 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz im Rahmen des Gesetzes zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung. Der bdo setzt sich dafür ein, den Omnibusverkehr ausdrücklich aus dem Anwendungsbereich des „Personenbeförderungsgewerbes“ in § 2a Abs. 1 Nr. 3 SchwarzArbG herauszunehmen.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/1930 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SchwarzArbG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606180055 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. Elften Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Änderung des Regionalisierungsgesetzes im Rahmen des Elften Gesetzes zur Änderung des RegG. Der bdo setzt sich für eine rechtssichere und auskömmliche Fortführung des Deutschlandtickets ein, insbesondere durch einen befristeten bundesgesetzlichen Anwendungsbefehl, die Sicherstellung der Finanzierung ab 2026 einschließlich Überjährigkeit nicht verausgabter Mittel, eine klare Zweckbindung der D-Ticket-Mittel, die Stärkung einer zentralen Tarifverantwortung sowie die Schaffung der Grundlagen für eine digitale Nutzungserfassung und leistungsbezogene Einnahmeaufteilung.

Bundsrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 402/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

RegG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2606180056 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

2. SG2606180059 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.09.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Drittes Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Änderung des Stromsteuergesetzes und des Energiesteuergesetzes im Rahmen des Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes. BGL und bdo setzen sich dafür ein, die Steuerentlastung für Elektromobilität auch auf den gewerblichen Güterkraft- und Personenverkehr zu erstrecken, Wasserstoff für Brennstoffzellen- und Verbrennungsmotoren steuerlich gleich zu behandeln, mobile Stromspeicher einzubeziehen sowie § 9c StromStG und § 56 EnergieStG an neue Verkehrsformen und emissionsfreie Antriebe im Busverkehr anzupassen.

Bundsrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 427/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnergieStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606180057 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

4. Erstes Gesetz zur Änderung des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Änderung des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes und weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften. VDV und bdo setzen sich dafür ein, den Berufszugang für Busfahrerinnen und Busfahrer durch eine umfassende Reform der Busführerschein- und Berufskraftfahrerqualifikation zu erleichtern. Dazu gehören die Reduzierung nationaler Zusatzanforderungen, die Vermeidung von Doppelungen in Ausbildung und Prüfung, die Integration der Grundqualifikation in die Fahrausbildung, moderne Prüfungsformate, die Anerkennung von Drittstaatenqualifikationen sowie eine klare Wahlfreiheit bei synchronen und asynchronen digitalen Lernformaten.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 442/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BKrfQG 2020 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu];

Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2606180058 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

2. SG2606180067 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.06.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Zweites Gesetz zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes und des Personenbeförderungsgesetzes

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Änderung bzw. Begrenzung der vorgesehenen Anpassungen des Güterkraftverkehrsgesetzes, des Personenbeförderungsgesetzes und der Verkehrsunternehmensdatei-Durchführungsverordnung. bdo, BGL und BWVL setzen sich dafür ein, keine zusätzliche Ermächtigung zur Erhebung von Unternehmensdaten bei Verkehrsunternehmen zu schaffen und zusätzliche Meldepflichten, insbesondere zu Beschäftigtenzahlen und Fahrzeugkennzeichen, zu verhindern. Der Entwurf der VUDat-DV soll insoweit zurückgezogen oder grundlegend überarbeitet werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 376/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes und des Personenbeförderungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu];
Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606180060 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

6. Masterplan Ladeinfrastruktur 2030

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Ausgestaltung des Masterplans Ladeinfrastruktur 2030 der Bundesregierung. Der bdo setzt sich dafür ein, die Ladebedarfe von Fern-, Reise- und ÖPNV-Bussen ausdrücklich zu berücksichtigen, Förderprogramme für öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur auf alle schweren Nutzfahrzeuge zu öffnen, Ladeinfrastruktur an ZOB, touristischen Zielen, Betriebshöfen und Rastanlagen einzubeziehen, Netzanschlüsse bei gesetzlich erforderlicher Flottenelektrifizierung zu priorisieren sowie Reservierungs- und Buchungssysteme für Ladepunkte nutzerfreundlich und diskriminierungsfrei auszugestalten.

Interessenbereiche:

Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606180061 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

7. Intelligente Verkehrssysteme im Str-verkehr / Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern / Datenbereitstellung über den Nationalen Zugangspunkt

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Ausgestaltung des Gesetzes zur Neuregelung des Rechtsrahmens für intelligente Verkehrssysteme und zur Datenbereitstellung über den Nationalen Zugangspunkt. Der bdo setzt sich dafür ein, bei der Neufassung des IVSG auf zusätzliche Eigenerklärungen von Verkehrsunternehmen zu verzichten, klarzustellen, dass keine neuen Datenerhebungs- oder Digitalisierungspflichten entstehen,

Aktualisierungspflichten auf tatsächlich vorhandene und digital vorliegende Daten zu begrenzen sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, wettbewerbsrelevante Daten und Lizenzmodelle wirksam zu schützen.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 646/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechtsrahmens für intelligente Verkehrssysteme im Straßenverkehr und deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern und die Datenbereitstellung über den Nationalen Zugangspunkt

Zuständiges Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

IVSG 2026 [alle RV hierzu]; PBefG [alle RV hierzu]; MDV [alle RV hierzu]; BSI-KritisV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606180062 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

8. Erste Verordnung zur Änderung der Berufskraftfahrerqualifikationsverordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Änderung der Berufskraftfahrerqualifikationsverordnung, der Fahrerlaubnis-Verordnung und weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften. Der bdo setzt sich dafür ein, den Berufszugang für Busfahrerinnen und Busfahrer zu erleichtern, insbesondere durch eine kombinierte praktische Prüfung von Fahrerlaubnis und Grundqualifikation, praxistauglichere Theorieprüfungen, Fremdsprachenoptionen auch bei der regulären Grundqualifikation, weniger Bürokratie bei Ausbildungsstätten, digitale Weiterbildung, eine Lockerung des Wohnortprinzips sowie eine rechtssichere Anerkennung ausländischer Qualifikationen.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 318/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Erste Verordnung zur Änderung der Berufskraftfahrerqualifikationsverordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Betroffenes geltendes Recht:

FeV 2010 [alle RV hierzu]; BKrFQV 2020 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [[alle RV hierzu](#)]; Personenverkehr [[alle RV hierzu](#)];
Verkehrspolitik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2606180063](#) (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [[alle SG dorthin](#)]

9. Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie**Beschreibung:**

Ziel der Interessenvertretung ist die Änderung des Energieeffizienzgesetzes und des Energiedienstleistungsgesetzes im Rahmen des Gesetzes zur Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie. Der bdo setzt sich dafür ein, die Ausnahme des öffentlichen Verkehrs von Energieeinsparpflichten beizubehalten, den Schwellenwert für Energie- oder Umweltmanagementsysteme auf das unionsrechtliche Mindestmaß zurückzuführen, zusätzliche Belastungen mittelständischer Bustouristikunternehmen durch neue Energieauditpflichten zu begrenzen und flankierende Förder-, Beratungs- und Unterstützungsinstrumente für betroffene KMU vorzusehen.

Referentenentwurf:

[Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Datum der Veröffentlichung: 04.05.2026

Federführendes Ministerium: [BMWE](#) [[alle RV hierzu](#)]

Betroffenes geltendes Recht:

[EDL-G](#) [[alle RV hierzu](#)]; [EnEfG](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Kleine und mittlere Unternehmen [[alle RV hierzu](#)];
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [[alle RV hierzu](#)]; Verkehrspolitik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2606180064](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [[alle SG dorthin](#)]

10. Gesetz zur Änderung des Fahrlehrergesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Gesetze

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Änderung des Fahrlehrergesetzes, des Straßenverkehrsgesetzes, der Fahrerlaubnis-Verordnung und weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften sowie die Ausgestaltung der Verordnung zur Modernisierung der Fahrschulausbildung. Der bdo setzt sich für eine digitale, kompetenzorientierte und entbürokratisierte Fahrschulausbildung ein. Ergänzend soll für die Klassen C/C1 und D/D1 eine freiwillige kombinierte praktische Prüfung von Fahrerlaubnisprüfung und praktischem Prüfungsteil der Grundqualifikation ermöglicht werden, ohne fachliche Anforderungen abzusenken.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 330/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Fahrlehrergesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Gesetze

Zuständiges Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

FahrlG 2018 [alle RV hierzu]; StVG [alle RV hierzu]; KfSachvG [alle RV hierzu]; FeV 2010 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606180065 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

11. Gesetz zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Änderung des Personenbeförderungsgesetzes, der Fahrerlaubnis-Verordnung und weiterer verkehrsrechtlicher Vorschriften im Rahmen des Gesetzes und der Verordnung zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich. Der bdo setzt sich dafür ein, die geplante Änderung des § 39 PBefG zur Ausweitung der Anzeigepflicht bei allgemeinen Vorschriften zu verhindern, Entlastungen im Fernbus-Genehmigungsverfahren und bei der Betriebspflicht umzusetzen sowie bei § 48 FeV klarzustellen, dass Fahrerinnen und Fahrer mit den Klassen D/D1 nicht durch landesrechtliche Fachkundanforderungen zusätzlich belastet werden.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 08.05.2026

Federführendes Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PBefG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606180066 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

12. Verordnung zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich**Beschreibung:**

Ziel der Interessenvertretung ist die Änderung des Personenbeförderungsgesetzes, der Fahrerlaubnis-Verordnung und weiterer verkehrsrechtlicher Vorschriften im Rahmen des Gesetzes und der Verordnung zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich. Der bdo setzt sich dafür ein, die geplante Änderung des § 39 PBefG zur Ausweitung der Anzeigepflicht bei allgemeinen Vorschriften zu verhindern, Entlastungen im Fernbus-Genehmigungsverfahren und bei der Betriebspflicht umzusetzen sowie bei § 48 FeV klarzustellen, dass Fahrerinnen und Fahrer mit den Klassen D/D1 nicht durch landesrechtliche Fachkundanforderungen zusätzlich belastet werden.

Referentenentwurf:

Entwurf einer Verordnung zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 08.05.2026

Federführendes Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

FeV 2010 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1.050.001 bis 1.060.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[JA-2024.pdf](#)